

Gegen die Zersiedelung der «grünen Wiese»

UMWELT · Die Anliegen der Luftreinhaltung und die Vorgaben der Raumplanung sollen künftig besser aufeinander abgestimmt werden. Diese Empfehlung steht am Schluss einer Studie, welche das Bundesamt für Raumentwicklung (Are) und das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) gestern in Bern vorgestellt haben.

Anlass zur Untersuchung, die vom Direktor der Vereinigung für Landesplanung (VLP), Rudolf Muggli, ausgearbeitet worden ist, bildeten zwei Motionen: Rolf Büttiker (fdp, SO) und die nationalrätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) störten sich daran, dass Versuche zum Bau von Einkaufs- oder Freizeitzentren in der Schweiz immer wieder zum Scheitern verurteilt sind. Büttiker und die Urek stellten die These auf, die Schwierigkeiten seien in erster Linie darin begründet, dass sich die Instrumente der Luftreinhaltung und der Raumplanung gegenseitig behinderten.

An einer Medienkonferenz gestern in Bern hielten Vertreter der beiden beteiligten Ämter fest, in den letzten Jahren seien weit entfernt von städtischen Agglomerationen grosse Einkaufszentren und Fachmärkte gebaut worden. Als Folge hätten der Individualverkehr und damit auch die Luftverschmutzung zugenommen. Gleichzeitig sei so der **Zersiedelung** Vorschub geleistet worden.

Büttiker und die Urek sind der Meinung, die Verlagerung der Anlagen auf die «grüne **Wiese**» sei vor allem auf die strengen Vorschriften der Luftreinhalteverordnung zurückzuführen, welche dafür sorgt, dass in den Zentren die Anzahl Parkplätze beschränkt ist.

Muggli kommt nun zum Schluss, dass der Konflikt zwischen Luftreinhaltung und Raumplanung in der Praxis nur selten auftritt. Die Luftreinhaltevorschriften seien so flexibel abgefasst, dass den Kantonen genügend Spielraum bleibe, um die beiden Interessen aufeinander abzustimmen. Eine Änderung des Luftreinhalterechts sei darum nicht notwendig.

Nötig sei hingegen die bessere Abstimmung der Instrumente von Luftreinhaltung und Raumplanung. Dies umso mehr, weil das Problem der beschränkten Verkehrskapazitäten in den Grossagglomerationen von Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen und Zürich zum wichtigsten Hindernis werde bei der Bewilligung von Einkaufszentren, Fachmärkten und Freizeitanlagen.

Lob für Bern Brünnen

Als Beispiel für eine geglückte Koordination nannte Muggli die Überbauung in Bern Brünnen. Das Fahrleistungsmodell des Kantons Bern, das den bestehenden Handlungsspielraum im Umweltschutzgesetz ausnützt, ermögliche hier den Bau einer Einkaufs- und Freizeitanlage vor den Toren Berns.

Der Trend zurück zu Grosszentren an Standorten mit guter Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr werde sich verstärken, glauben Buwal und Are. Sie erarbeiten nun für die Kantone eine Vollzugshilfe, die ihnen bei der besseren Koordination zwischen Luftreinhaltung und Raumplanung helfen soll. (mmü/sda)